

16.12.2013 | Nr. 673/13

## **Katja Rathje-Hoffmann: Ergebniskosmetik bei der Pflegekammerbefragung muss Konsequenzen haben**

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, hat angesichts der offensichtlichen „Ergebniskosmetik“ bei der Pflegekammerbefragung Konsequenzen gefordert:

„Die Landesregierung muss die Einrichtung der Pflegekammer unverzüglich stoppen. Ihre gesamte Argumentation gründete sich darauf, dass eine Mehrheit der Pflegekräfte für die Zwangsverkammerung ist. Das stimmt offenkundig nicht“, kommentierte Rathje-Hoffmann eine heutige (16. Dezember 2013) Meldung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste.

Die CDU-Sozialpolitikerin erinnerte daran, dass Beispielsweise die SPD-Abgeordnete Birte Pauls die 51-prozentige Zustimmung als „klares Votum“ für die Kammer bezeichnet habe. Pauls Schlussfolgerung sei gewesen, dass die Kammer „starten könne“.

Rathje-Hoffmann: „Nun stellt sich heraus, dass unter realistischen Bedingungen unter 40 Prozent der Pflegekräfte für eine Zwangsverkammerung sind. Die logische Konsequenz kann nur der sofortige Stopp der Einrichtung einer Kammer sein.“

Die CDU-Abgeordnete kündigte an, im Sozialausschuss werde über weitere offene Fragen hinsichtlich der durch das Sozialministerium in Auftrag gegebene Umfrage zu sprechen sein.

So sei bei einer vergleichbaren Umfrage in Hamburg ausdrücklich auch nach der Zustimmung im Bezug auf die Höhe des finanziellen Beitrages der Pflegekräfte zur Kammer gefragt worden.

„Gerade angesichts der niedrigen Bezahlung ist das absolut ein Thema. Ich will wissen, weshalb das in Schleswig-Holstein nicht gemacht wurde“, so Rathje-Hoffmann.

Ein tieferer Blick in den Untersuchungsbericht offenbare darüber hinaus, dass Pflegeberufsgruppen mit einer überwiegend ablehnenden Haltung in der Stichprobe unterrepräsentiert sind, während Pflegeberufsgruppen mit überwiegend zustimmender Haltung überrepräsentiert sind.

„Das erweckt den Eindruck, als ob so lange gerechnet wurde, bis endlich 51 Prozent erreicht wurden. Das wird das Ministerium zu erklären haben“, so Rathje-Hoffmann.